

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms, Dorothea Steiner, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dr. Hermann E. Ott und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Papierverbrauch, Einsatz von Recyclingpapier und die Einführung von zertifizierten Umweltmanagementsystemen in Einrichtungen der Bundesregierung und nachgeordneten Behörden in den Jahren 2010 und 2011**

In den vergangenen zwei Legislaturperioden hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vier Kleine Anfragen zur nachhaltigen Beschaffung von Papier bei der Bundesregierung gestellt.

Seit den Antworten der Bundesregierung ist ausreichend Zeit verstrichen, um die letzten Fortentwicklungen im Papierverbrauch und im Einsatz von Recyclingpapier zu erfragen. Gerade der Einsatz von Recyclingpapier ist ein wichtiger und einfach umzusetzender Bestandteil eines nachhaltigen Beschaffungswesens. Die Bundesregierung hat auf der EU-Ratstagung (Umwelt) am 21. Oktober 2009 das für die EU-Mitgliedstaaten gesetzte Richtziel für ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen von 50 Prozent bekräftigt. Zudem wurden „anspruchsvolle Vorgaben“ infolge des Beschlusses des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung vom 6. Dezember 2010 entwickelt (Umsetzung Nummer 6), die davon ausgehen, dass der Anteil des Einsatzes von Recyclingpapier (z. B. für Kopierarbeiten, Briefumschläge und Druckerzeugnisse) – wo wirtschaftlich und technisch möglich – schrittweise von heute rund 70 Prozent auf mindestens 90 Prozent in 2015 gesteigert werden soll.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch waren die Beschaffungsmengen von Papieren in den Jahren 2010 und 2011 in den einzelnen Bundesministerien und den nachgeordneten Behörden sowie beim Bundespresseamt, und wie hoch ist der Anteil von Recyclingpapier (bitte in absoluten Mengen und pro Beschäftigten auflisten)?
2. Welche Erklärungen gibt es für eventuelle Zunahmen des Papierverbrauchs und eine Abnahme des eingesetzten Recyclingpapiers im Vergleich zu den Daten von 2009?
3. Welche Mengen werden über Rahmenverträge bzw. Einzelbeschaffungen beschafft?
4. Wie hoch sind die Beschaffungskosten?
5. Gibt es Informationen über die Herkunft des eingesetzten Papiers in den Bundesministerien?

Falls nein, wie kann ausgeschlossen werden, dass es sich um Raubbaupapier handelt?

6. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Einstellung des standardmäßigen doppelseitigen Drucks (Duplex) zu fördern, und gibt es bereits Bestrebungen hierzu?  
Wenn ja, in welchen Ressorts?
7. Welche Gründe bzw. Vorschriften sprechen in den wenigen Ressorts, die heute noch unter den für 2015 angestrebten 90 Prozent Recyclingpapieranteil liegen, gegen den Einsatz von Recyclingpapier?
8. Warum gibt es laut der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/2653 (neu) im Bundesministerium der Justiz (BMJ) und im Bundesministerium des Innern (BMI) lediglich eine Forderung nach zertifizierten Papieren bei Einzelbeschaffungen und nicht die Forderung nach Recyclingpapier?
9. Hat das BMI eine Umstellung auf eine 100-prozentige Versorgung mit Hygienepapieren aus Recyclingpapier vollzogen, und beabsichtigt das Bundeskanzleramt eine Umstellung auf eine 100-prozentige Versorgung von Hygienepapieren aus Recyclingpapier?  
Wenn nein, warum nicht?
10. In welchen Bundesministerien, deren nachgeordneten Behörden und dem Bundespresseamt (BPA) werden Erhebungen durchgeführt, welcher Umfang oder Anteil an Dokumenten oder in welchen Arbeitsbereichen die Papierform durch die elektronische Form ersetzt wird?  
Wenn ja, wie hoch sind – ggf. in den jeweiligen Arbeitsbereichen – Umfang und/oder Anteil der in elektronischer Form zur Verfügung gestellten Papiere?
11. Welche Erkenntnisse aus den Auswertungen von 2010 und ggf. 2011 durch die digitale Verschickung von Teilen der sogenannten Kanzlermappe des BPA hat die Bundesregierung gewonnen?
12. Wie hoch ist die Akzeptanz der Nutzer innerhalb der Bundesregierung der in elektronischer Form zur Verfügung gestellten Dokumente, und welche Probleme sieht die Bundesregierung bei der Nutzerakzeptanz von elektronischen Dokumenten?
13. Gibt es Bestrebungen, die Akzeptanz der Nutzer zu erhöhen?
14. Welche Bestrebungen gibt es von Seiten der Bundesregierung, die Rechtssicherheit von elektronischen Dokumenten durch offene Standards (auch europaweit) den papiergebundenen zumindest gleichzustellen?
15. Gibt es Kenntnisse dazu, inwieweit es zu mehrfachen überflüssigen Drucken von elektronischen Dokumenten durch die verschiedenen Nutzer kommt?
16. Ist es geplant, eine statistische Auswertung der Druckzählerstände (Auslesen via Druckserver), um die ermittelte statistische Basis im Verhältnis zu der entsprechenden realen Dokumentenanzahl zu setzen, einzuführen?
17. Wie hoch sind die finanziellen Entlastungen speziell im Bereich des eingesparten Papiers, die durch die Einführung eines nach EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) zertifizierten Umweltmanagementsystems im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erreicht wurden?

18. An welchen Standorten plant das BMU, ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem einzuführen, und welche Standorte haben, seit der Beantwortung der letzten Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/2653 (neu), die Zertifizierung erfolgreich abgeschlossen?
19. Welche Ressorts bzw. Standorte planen dem Vorbild des BMU zu folgen, ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem einzuführen, und wie ist der Stand der geplanten Einführung eines solchen Systems beim Auswärtigen Amt und beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz?

Berlin, den 2. Juli 2012

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

